

15.51

**Abgeordneter Rouven Ertlschweiger, MSc (ÖVP):** Frau Präsidentin! Werter Herr Bundesminister Sobotka! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Steinhauser, ich wollte Sie nur fragen: Auf welchem Planeten leben Sie eigentlich? Sind Sie noch in der Realität hier oder sind Sie, wie der Kollege Scherak, auch schon in einer anderen Sphäre gelandet? (*Abg. **Steinhauser:** Ich bin immer hier ...!*)

Ich glaube, meine Damen und Herren, Österreich muss sich punkto Humanität in der Flüchtlingsfrage wahrlich nicht verstecken, ganz sicher nicht. Wir haben uns, im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern, bis dato sehr weltoffen und solidarisch in der Flüchtlingsfrage verhalten. Das kann und wird in diesem Rahmen wohl niemand leugnen, aber ich sage Ihnen auch ganz offen und ehrlich: Wir dürfen die österreichische Bevölkerung nicht überfordern. Jeder Mensch weiß, dass wir in der Flüchtlingsfrage an unsere Grenzen gestoßen sind, in vielen Bereichen. Österreich braucht endlich eine Atempause, und dieses Asylgesetz trägt dazu bei, dass wir diese Atempause bekommen.

Es sind harte Maßnahmen, das ist uns durchaus bewusst, und das ist heute auch schon des Öfteren artikuliert worden: Asyl auf Zeit, Beschränkung beim Familiennachzug, die kapazitätsorientierte Obergrenze und die sogenannte Notverordnung. Das sind aber alles logische Maßnahmen der Regierung, um den ungebremsten Flüchtlingsstrom nach Österreich zu reduzieren, denn durch diese massive Zuwanderung ist natürlich der Arbeitsmarkt massiv belastet, es ist das Sozialsystem massiv belastet – Stichwort Mindestsicherung. Das sind Tatsachen, meine Damen und Herren, und deswegen würde ich Sie bitten, endlich aufzuwachen und sich der Realität zu stellen.

Es kommen nicht nur Ärzte und Ingenieure zu uns. Im Gegenteil: In erster Linie kommen unqualifizierte Menschen zu uns. (*Abg. **Belakowitsch-Jenewein:** Das haben wir aber schon vor Monaten gewusst!*) Das ist die Realität, und diese Menschen gilt es zu integrieren.

Neben dem Arbeitsmarkt und dem Sozialsystem ist auch das Bildungs- und Schulsystem schon jetzt mit der Integration heillos überfordert und überlastet. Es gibt kein Menschenrecht auf ein Leben in Deutschland, Österreich oder Schweden, es gibt aber sehr wohl ein Recht der österreichischen Bevölkerung, dass die Lebensqualität und die innere Sicherheit geschützt wird, und dieses Asylgesetz trägt dazu bei.

Da heute die europäische Solidarität angesprochen wurde: Wenn der lettische Menschenrechtskommissar des Europarates Nils Muižnieks Österreich wegen der geplanten Änderungen des Asylrechts in den Medien kritisiert und sagt, dass ein faires und individuelles Verfahren nicht mehr gewährleistet wird und unterlaufen wird und eine europäische Lösung notwendig ist, dann hat er vollkommen recht. Es stimmt, dass eine europäische Lösung notwendig ist, aber: Wo ist diese europäische Lösung? – Solange es diese europäische Lösung nicht gibt, muss sich Österreich selbst helfen.

Der Herr Kommissar kommt selbst aus Lettland, wo 70 Prozent der Bevölkerung Flüchtlinge generell ablehnen, wo jetzt gerade mit dem Bau eines drei Meter hohen Stacheldrahtzaunes über 92 Kilometer begonnen wurde, um sich vor illegaler Einwanderung zu schützen. Lettland will in den nächsten zwei Jahren 776 Flüchtlinge aufnehmen. 2015 hat Lettland nach dem EU-Statistikamt Eurostat 30 Asylanträge positiv beschieden, Österreich 17 750. Herr Kommissar, europäische Solidarität sieht anders aus!

Österreich kann nicht noch einmal, wie im vergangenen Jahr, 90 000 Flüchtlinge aufnehmen. Das hat nichts mit Parteipolitik zu tun, das ist Hausverstand, meine Damen und Herren. Wir steuern jetzt schon auf einen Kampf der Kulturen hin, Stichwort: kein Händedruck für Lehrerinnen oder die Infragestellung christlicher Werte, Feiertage und Riten.

Unser Land wird in Zukunft nicht mehr so sein, wie es einmal war, davon können wir uns verabschieden. Das ist für die Politik eine ungeheure Herausforderung, aber die Richtung der ÖVP ist richtig. Mit der Schließung der Balkanroute auf Initiative der ÖVP und dem Beginn der Grenzsicherung wurden richtige Maßnahmen ergriffen, die auch auf breite Zustimmung in der Bevölkerung gestoßen sind. Maßnahmen, die gezeigt haben, dass die ÖVP eine problemlösende Politik im Rahmen der EU auch umsetzen kann. Solange der Prozess der Sicherung der EU-Außengrenze nicht abgeschlossen ist, muss Österreich die Grenze unter nationaler Kontrolle halten, das geht ja gar nicht anders.

Ich habe es heute schon angesprochen: Ob Arbeitsmarkt, soziale Versorgung, Kindergartenplätze, schulisches Angebot, Wohnbau, es bedarf schon jetzt eines personellen wie finanziellen Kraftaktes der Republik, die Zigtausenden Flüchtlinge zu integrieren. Deshalb appelliere ich an Sie: Muten wir uns bitte nicht mehr zu als wir stemmen können. Schnaufen wir in der Flüchtlingsfrage durch und lösen wir lieber die Probleme, die wir jetzt schon haben. Gönnen wir Österreich eine Atempause! – Danke.  
*(Beifall bei der ÖVP.)*

15.56

**Präsidentin Doris Bures:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Doppler. – Bitte.